

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Central Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postgeschäftskonto: Dresden 1538
Girokonto Riesa Nr. 52.

Nr. 170.

Mittwoch, 23. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Probationsverhandlungen, Erhöhungen der Wöhne und Materialienpreise bezahlen wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundfläche (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite 30 mm hohe Flächenfläche 100 Gold-Pfennige; zeitauflender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Alle Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsart: Riesa. Nichttägige Unterhaltungsbeiträge "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Referaten oder der Verleihungseinrichtungen — hat der Besitzer seinen Anspruch auf Sicherstellung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktionssatz und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Finanzwelt zu den Londoner Beschlüssen.

Die amerikanischen Bankiers verweigern die Anleihe.

London. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph meldet, daß Macdonald bei der Konferenz, die er mit den alliierten Hauptdelegierten der Londoner Konferenz hatte, diesen mitteilte, daß die Bankiers, insbesondere die amerikanischen, nicht geneigt seien, die für die Auskraftierung des Dawesvertrages anentbehrliche erste Anleihe von 40 Millionen Pfund Sterling aus die Bedingungen hin zu übernehmen, die in dem von der ersten Kommission am Sonnabend verfaßten Protokoll niedergelegt sind. Die alliierten Minister hätten diese Radikalität mit lebhafter Enttäuschung und einem Mißfallen aufgenommen. Es sei überhaupt von britischer Seite betont worden, daß der Entwurf des fraglichen Protokolls nur eine Annahme bedeute, wie dies ja auch in seinem Anfang ausdrücklich gesagt worden sei. Nach einer lebhaften Erörterung sei beschlossen worden, daß Snowdon und die alliierten Finanzminister mit den amerikanischen und britischen Bankiers in dieser Frage eine Zusammenkunft haben sollen. Von mittags bis spät abends hätten die alliierten Finanzminister mit Lamont, dem Gouverneur der Bank von England Norman, Sir Robert Aldersley und anderen die von den Bankiers aufgestellten Bedingungen erörtert. Der französische Finanzminister Clementel habe mit Mac Renna zusammen das Frühstück eingenommen. Wie verlautete, habe er mit britischen und amerikanischen Bankiers über künftige Anleihen und Kredite für Frankreich verhandelt.

Der Berichterstatter des Daily Telegraph bezeichnet die eingetretene Stockung als ernst und meint, die entschiedene Ablehnung der Bankiers, die Anleihe zu unterschreiben, sei auf die Tatsache zurückzuführen, daß sie das Protokoll der ersten Kommission für unbedeutend hielten. Sie erachteten die bloße Billigung eines amerikanischen Bürgers zur Reparationskommission für den Fall eines deutschen Vertrages als einen unzureichenden Schutz für die Kapitalanleger, da sie der Ansicht seien, daß diese Vereinbarung in keiner Weise eine imparitätische Mehrheit in der erwähnten Körperschaft verbürge. Sie scheinen zu der juristischen und schiedsgerichtlichen Eignung dieser Kommission kein Vertrauen zu haben. Offen werde der Art. 4 des Protokolls getadelt, der ihnen in seinem zweideutigen Wortlaut für später die Möglichkeit zu einem Vorwand zur Anwendung von Sanktionen durch die eine oder andere Macht zu bieten scheine. Allgemein gefroren seien die Bankiers der Ansicht, daß der gute Wille Deutschlands, das in erster Linie Hauptträger der Anleihe sei und die notwendigen Ränder geben solle, für die Anleihe ebenso unentbehrlich sei, wie das Vertrauen auf Seiten der Kapitalanleger, daß das deutsche Guibabon, welches das Mandat für die Anleihe bilden werde, gegen eine plötzliche Aktion von außen her gefertigt sei.

Einige seien auch über das Eisenbahnenproblem und die im Zusammenhang damit aufgestellten militärischen Forderungen der Alliierten bestimmt. Die Schwierigkeit liege zunächst in der Ungewissheit, ob vor allem die Mächte, Frankreich nicht ausgeschlossen, bereit sein würden, die finanziellen Sicherheiten, welche im Protokoll der ersten Kommission niedergelegt worden seien, zu verbessern, weiter darin, daß die französische Regierung es äußerst schwierig finden würde, den Finanzleuten auf politischem Gebiete Garantien auszustellen, die sie den anderen alliierten Regierungen verweigert habe. Die Bankiers hielten aber in gleicher Weise daran fest, daß solche weiteren Garantien notwendig seien. Der Berichterstatter meint, es sei vielleicht bedauerlich, daß Art. 4 gegenüber der Frage separater Aktionen so zweideutig sei. Gleichzeitig sei ein solcher Fall allerdings außerordentlich unwahrscheinlich, nicht nur mit Rücksicht auf die Neuerung der Stimmung der Alliierten Englands, sondern auch, weil eine Wiederholung der Kriegszeit unter irgend welchen künftigen Umständen unabhörscheinlich sei. Gleichzeitig sei es schwer denkbar, daß irgend eine Regierung oder die Reparationskommission selbst es auch nur wagen würde, darüber den von dem amerikanischen Generalagenten für Reparationen und dem Vertreter der Bonsinhaber erteilten Rat hinwegzuschieben, hinter denen doch eine starke moralische und materielle Wucht stehe, ebensoviel wie es Deutschland wagen würde, sich um die amerikanische Finanzwelt nicht zu kümmern.

Der Berichterstatter schließt, die alliierten Finanzminister würden heute dem Beispiel ihrer Finanzminister folgen und mit den Bankiers wegen eines Ausweges aus dieser Schwierigkeit verhandeln. Lamont habe gestern abend eine lange Unterredung mit Herricot gehabt, der an die bekannte Sympathie der amerikanischen Bankiers für Frankreich appelliert habe. Anscheinend habe Lamont mit seinen Kollegen sich genötigt gefühlt, die Lage vom rein kaufmännischen Standpunkt aus zu betrachten. Es müsse indessen aufrichtig gehofft werden, daß eine Konferenz, die so gut begonnen habe, durch die finanziellen Schwierigkeiten nicht lange aufzuhalten werde.

London. Besonders der Schwierigkeiten, die entstanden sein sollen hinsichtlich der Unzufriedenheit der Bankiers über den Besluß des ersten Komitees für die Frage einer deutschen Verziehung, erhärt Reuter, daß dieser Punkt nicht als erste Kritik angesehen werden kann. In Wirklichkeit handelt es sich nur um das Wiederholen gewisser Zweifel und Befürchtungen seitens der Bankiers und um den wiederholten Hinweis derselben auf die Notwendigkeit einer angemessenen finanziellen Sicherheit für die Belastung der deutschen Anleihe. Diese Befürchtungen werden lebhaft verständlich bezeichnet werden müssen, und zu

diesem Zweck sind daher die Vertreter der Bankiers mit den Finanzberatern heute zu einer Konferenz zusammengetreten. Während die allgemeine Aussicht über eine eventuelle Einigung optimistisch ist, kann nicht verhebt werden, daß hinsichtlich dieser Schwierigkeiten die Lage nicht vollkommen geklärt ist. Über die weitere Tätigkeit der Konferenz erhält man, daß der Unterausschuß des zweiten Komitees im Laufe des Vormittags wieder zusammengetreten ist, und man hofft, daß dieses Komitee heute nachmittag seinen Bericht fertiggestellt haben wird. Es ist unabweislich, daß die Konferenz heute eine Vollziehung abhalten wird, doch kann dies für morgen als sicher angenommen werden. Diese Verschiebung bedeutet keine Stockung der Konferenz, sondern ist vielmehr der Tatwache anzuschreiben, daß dieser Unterausschuß über einige wichtige Punkte zu beraten hat. Die Aufgabe, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen und die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebiets herbeizuführen, ist von so außerordentlicher Bedeutung, daß sie nicht in wenigen Stunden entschieden werden kann.

London. (Funkspruch.) Nach dem Daily Telegraph wird Herricot heute eine Befreiung mit dem amerikanischen Staatssekretär haben. Vormittags werden die Hauptdelegierten mit dem Vorsitzenden der drei Kommissionen beraten, und nachmittags 3 Uhr wird voraussichtlich die Vollkonferenz zusammengetreten, um die Berichte entgegenzunehmen und die Bedingungen für eine an Deutschland zu richtende Einladung zu beraten, sowie um die Abänderungen zum Protokoll der ersten Kommission in dem von den Bankiers geforderten Sinne zu erwägen.

Wichtige Beschlüsse der zweiten Kommission.

Paris. (Funkspruch.) Der Sonderberichterstatter der Warentur habe gestern aus London, der Unterausschuß der zweiten Kommission beendete gestern die Abschaffung seiner Entschließungen. In dem Dokument werden die Maßnahmen festgelegt, die getroffen werden müssen, um die deutsche Wirtschaftseinheit wiederherzustellen. Deutschland mußte die notwendigen Gesetze bis 15. August angenommen haben. Am 1. Oktober müssen sämtliche von der Reparationskommission in ihrem Beschluss vom 15. Juli enthaltenen Bestimmungen erfüllt sein. Als Gegenleistung für die Annahme der Gesetze werden die französisch-belgischen Behörden die innere Zollinheit aufheben, ebenso die Ausführungs- und Verlandbewilligungen sowie die Koblenz-Zelle. Die Steuern werden wieder nach dem deutschen System erhoben. Die von den französisch-belgischen Behörden eingegangenen Abgaben werden als erste Annullität in Ausführung des Damessplanes angerechnet. Am ersten Oktober stellen die Micum und die französisch-belgische Eisenbahngesellschaft ihre Tätigkeit ein. Zur Regelung des Konfliktes wird ein schiedsgerichtlicher Ausschuss eingreifen. Es wird Maßnahmen zur Herstellung des endgültigen Friedenszustandes treffen und die Amnestie durchführen. Da über die Eisenbahnfrage noch keine Einigung erzielt worden ist, wird es Sache der beteiligten Regierungen sein, die Bündesstaaten festzulegen, die sie für die Sicherheit der Verbindungslinien der Beseitigungstruppen für unerlässlich erachten.

Noch 14 Tage Konferenzdauer.

London. Mit der Einladung der deutschen Delegation rechnet man in informierten Kreisen nicht vor Donnerstag kommender Woche. Man begründet den Widerstand dagegen besonders mit der wahrscheinlichen Notwendigkeit einer längeren Fortsetzung der Konferenz. Es ist mit einer weiteren Dauer von 14 Tagen zu rechnen. Der von französischer Seite gemachte Vorschlag, die deutsche Delegation lediglich zum Zwecke der Unterschrift einzuladen, hat keine Aussicht auf Erfolg, denn es würde ein derartiges Verfahren in erster Linie die Begebung einer Anleihe von 800 Millionen erfordern, die eben nicht nur auf Zahlungssicherheit, sondern auch auf dem guten Willen der deutschen Delegation basiert werden mühte.

Wenn Deutschland Verfehlungen begeht.

Paris. (Funkspruch.) Über die Einzelheiten der gestern geplünderten Verhandlungen berichtet der Londoner Berichterstatter des Quotidien, der der unmittelbaren Umgebung Herricot nachsteht. Theunis habe gestern abend folgende Formel in Vorschlag gebracht: Wenn Deutschland eine Verfehlung begeht, wird die Republik die Vollmachten einem Ausschuß von fünf Sachverständigen übertragen, die sie selbst unter den 15 dem Komitee Danes und Mac Renna angehörenden Sachverständigen auswählt. Hiergegen habe Herricot eingewendet, daß diese Lösung darauf hinausläuft, die Republik die Rechte zu nehmen, die der Verfechter Vertrag ihr zugewiesen habe. Gestern nachmittag sei es den Finanzministern und Bankiers gelungen, neue Bestimmungen in den Grundlagen festzulegen. Bevor die Republik eine flagante Verfehlung feststellt, wird sie ein Komitee zu Rate ziehen, dessen Einsetzung Theunis vorgeschlagen hat. Was die Stellungnahme des Generalagenten für die Reparationsabteilung anbelangt, so wäre es für die Reparationskommission nicht mehr möglich, hier einzutreten.

Um die Einladung an Deutschland.

Berlin, 23. Juli. Wie wir soeben aus dem Auswärtigen Amt erfahren, dürfte bei der Entscheidung über die an Deutschland zu richtende Einladung zur Londoner Konferenz ein Schritt der Reichsregierung bei der englischen Regierung von ausßlagender Bedeutung sein. Der deutsche Botschafter in London, Dr. Schamer, hatte Gelegenheit, sich mit dem englischen Premierminister MacDonald über die Frage der Einladung Deutschlands zur Konferenz ausführlich zu unterhalten. Dabei riet Dr. Schamer im Auftrag der Reichsregierung ausdrücklich darauf hin, daß Deutschland ein dringendes Interesse daran habe, direkt zu den Verhandlungen hinzugezogen zu werden. Eine Unterzeichnung des Londoner Protokolls durch Deutschland würde schwerlich in Frage kommen, wenn die deutsche Regierung nicht an der Ausarbeitung dieses Protokolls beteiligt sein werde. Nach den bisher in Berlin vorliegenden Informationen erscheint es ziemlich sicher, daß Verhandlungen mit Deutschland über den Wortlaut des Protokolls standen. Dementsprechend ist auch die Teilnahme Dr. Stresemanns an der Londoner Konferenz schon jetzt eingeräumt gefügt.

Die heutige Vollstzung zur Einladung Deutschlands.

London. (Funkspruch) Times meldet, daß in der heutigen Vollstzung außer der Entgegnahme der Berichte der drei Kommissionen auch die Frage einer Einladung Deutschlands erörtert werden soll. Wahrscheinlich wird heute beschlossen werden, Deutschland aufzufordern an der Konferenz als Gleichberechtigter teilzunehmen.

Der Reichsfinanzminister über die Finanzlage.

Berlin. Reichsfinanzminister Dr. Luther äußerte sich am Dienstag abend vor Pressevertretern ausführlich über die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches. Er sah sich zu diesen Neuerungen veranlaßt, weil seiner Ansicht nach in großer Schwäche der Bevölkerung durchaus Irrtum zum Teil fantastische Ausschau über die Finanzkrise des Reiches anzutreffen sind. Auf der einen Seite hört man vielfach den Ruf, daß das Reich noch mehr als bisher soziale, kulturelle und wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen habe, auf der anderen Seite wird gefordert, daß in ablesbarer Zeit Steuern überwiegend nicht mehr gezahlt werden können. Diesen Ausschau trug der Minister energisch entgegen. Er meinte, wenn die Forderungen Genüge getan würden, dann sei die Gefahr einer neuen Inflation nicht mehr zu umgehen. Im übrigen führt der Minister unter anderen noch aus: Die Reichsregierung hat Verständnis dafür, daß die Steuerzahlungen vielfach nur schwer zu leisten sind. Sie kann aber ihre Zustimmung niemals dazu geben, daß für einen großen Zeitraum, etwa bis Schulz derrente, Steuern überhaupt nicht mehr gezahlt werden. Die Regierung behält sich vor, die Befreiungsteuer von Fall zu Fall zu studieren, eine Stundung der Lohn- und Lohnsteuer kann überhaupt nicht in Frage kommen. Der Raffenbestand des Reiches ist nicht mehr so günstig, wie er noch vor etwa einem Monat war. Eine Reihe von besonderen Einnahmen, die zur Zeit der Stabilisierung beschafft wurden, werden fünftig wegfallen, so zum Beispiel die Rentenmarktfreizeite, Gewinn aus der Münzprägung, die Abflusszahlungen auf die Einkommensteuer 22/23 und die zweiprozentige Abgabe auf Obligationen. Spätestens im Herbst dieses Jahres wird das Reich darauf angewiesen sein, seine Ausgaben lediglich durch laufende Einnahmen zu decken. In der Durchführung des Dawesgutachtens, das dem Reich die so notwendigen Kredite sichert, sieht der Reichsfinanzminister augenblicklich den einzigen Weg, der uns aus der trostlosen Wirtschaftslage herausführen kann.

Die Stellungnahme der Deutschen Nationalen.

Berlin. Die Deutschen Nationalen Reichstagsfraktion hat gestern nach längerer Beratung in später Abendstunde einen Beschuß gefaßt, in dem sie folgende Forderungen an die Regierung richtet: Eine Teilnahme an der Londoner Konferenz kann nur erfolgen, wenn es sich nicht um Entgegnahme eines Diktates, sondern um Verhandlungen als gleichberechtigter Partner handelt. Sofortige Freigabe und Rückruf des Ausgewichenen. Unverzügliche wirtschaftliche und militärische Räumung des Einbruchs- und Sanctionsgebietes. Wiederherstellung der wirtschaftlichen und administrativen Hoheit des Reiches im aldbefreiten Gebiet des Eisenbahnnetzes. Sicherung der Sicherung, daß die Truppen für die Räumung mit dem 10. Januar 1920 zu laufen begonnen haben. Sicherung gegen zukünftige Sanktionen. Keine Anerkennung von Forderungen, die gegen die Würde und Unabhängigkeit Deutschlands verstören und Widerruf des der Wahrheit widerprechenden Schuldbekenntnisses. Der Beschuß erklärt, daß die Deutschen Nationalen sich mit allen Mitteln Abmachungen widerseien werden, die ihren Forderungen nicht entsprechen.

Verheerende Unwetterkatastrophe.

Dorf Jels in Schleswig ist von einer riesigen Windhose heimgesucht worden, welche die Dächer von Häusern abdeckte und durch die Luft wirbeln ließ. Ein Karussell, das im Dorfe stand, wurde auf ein entfernt liegendes Bauernhaus geschleudert, das mit furchtbarem Krach zusammenbrach. Viel Vieh ist erschlagen worden. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen.

Berüffungsteile

Sur würdigen Begehung des Verfassungstages,
11. August, ordnet das Sächsische Gesamtministerium folgen-
des an:

1. Sämtliche öffentliche Gebäude haben am 11. August in den Reichs- und Landesfarben zu flaggen. Soweit einzelne Gemeinden im Besitz von besonderen Flaggen (z. B. in den Stadtfarben) sind, können diese neben den Reichs- und Landesflaggen gezeigt werden.

2. Die Staats- und Gemeindebehörden im Lande werden aufgefordert, ihrerseits Versammlungsfeiern zu veranstalten. An allen Orten, die Sitz mehrerer Behörden sind, haben sich die Vorstände dieser Behörden unverzüglich gegenseitig ins Bes-nehmen zu setzen, um möglichst gemeinsame Bestimmungen über eine würdige äußere Gestaltung der Feiern herbeizuführen. Zu den Feiern sind Vertreter aller Bevölkerungsschichten, ins-besondere die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeit-nehmer, die Handels- und Gewerbeämtern, die Innungen, sowie die Beamten- und Angestelltenverbände, einzuladen.

3. Bei den staatlichen Behörden ist der 11. August vorbehaltlich der Teilnahme an der Verfassungsfeier dienstfrei. Der Dienst wird wie an Sonntagen geregelt.

Dertliches und Süßliches.

Miesa, den 28. Juli 1924.

—* Einwohner- und Fremdenmelbewesen
öetr. Auf die amtliche Bekanntmachung in vorliegender
Tageblattausgabe, in welcher der Rat an die ortsgesetzlichen
Bestimmungen für das Einwohner- und Fremdenmelde-
wesen erinnert, sei hiermit ganz besonders hingewiesen.

— Gewitter und Niederschläge. Die außerordentliche Schwüle der letzten Tage wurde wieder einmal durch ein heftiges Gewitter mit reichlichen Regenfällen unterbrochen. Nachdem bereits gestern in der 5. Nachmittagsstunde Donnerrollen bemerkbar wurde, setzten als bald starke Regengüsse ein, die jedoch nicht von Dauer waren und somit die Temperatur kaum beeinträchtigt hatten. In der 10. Abendstunde durchdrückten abermals grelle Blitze die dunkle Nacht. Das ebenfalls heftige Nachgewitter, das mit kurzen Pausen mehrere Stunden andhielt, war wiederum von starken Niederschlägen begleitet. Trotzdem das Regenwetter auch während der heutigen Tagesstunden zeitweise anhält, ist eine fühlbare Abkühlung nicht erfolgt.

nicht erfolgt.

— Operettenaufführung Dir. A. Vorke.
Dresden. Die gestrige Erstaufführung der Bellerschen Operette „Der Vogelhändler“, die immer noch zu den besten und zugrächtigsten gehört, hatte sich regen Zuspruchs zu erfreuen. Der Höpfner'sche Theatersaal war trotz der sommerlichen Schwüle und der Ferienzeit immerhin gut besetzt. Über den „Vogelhändler“ noch viel Worte zu verlieren, erübrigte sich wohl, denn Text und Musik sind in sämtlichen Schichten bekannt und die reizenden Melodien, beispielweise „Wie mein Lehndl 20 Jahr“, längst volkstümliches Gemeingut geworden. Die Spielleitung hatte der Aufführung einen stilreichen und gut wirkenden Rahmen gegeben und die kostümliche Ausstattung passte sich gleichfalls sehr vorteilhaft an. Was die Darstellung betrifft, so darf sie im großen und ganzen als voll befriedigend bewertet werden. Man hätte sich kaum eine bessere Kurfürstin wie Ursa Köhler (a. G.) vorstellen können; die geschätzte Künstlein gestaltete sich wiederum als würdige Vertreterin einer großen und dankbaren Partie, die sie mit gutem Gelingen durchführte. Dasselbe trifft auf Ilse in Rother zu, deren Liedchen „Ich bin die Christel von der Post“ besonders gefiel. Ganz am Platze war Kurt Schreiber als Adam, der Vogelhändler aus Tirol. Gesanglich, schauspielerisch und in Bezug auf Dialekt war er der passende Vertreter, und die schönen Duette wie „Schent man sich Rosen in Tirol“ u. a. kamen voll zur Wirkung. Naturgetreue Kopien zeichneten Direktor Vorke als kurfürstlicher Bildmeister, V. Blagge-Blaten und Paul Göbel als den Adam egammelnerende Professoren. Heinrich Tolle gab den Graf Stanislaus mit gewohnter schauspielerischer Lebendigkeit. Gewöhnlt sei noch Uta Winterfeldt als ausgezeichnete, liebeschmachtende Baronin Adelalde. Ungewöhnlich berührte die Frische des Chors und auch die verschiedenen Tanzinslagen gefesteten allgemein. Das aus hiesigen Musikern zusammengesetzte Orchester behauptete sich ebenfalls bestens und brachte die anstrengende, aber auch prächtige Musik in künstlerischem Geiste heraus. Stürmischer Beifall und Blumenpenden an die Hauptdarsteller bedeuteten die beste Anerkennung.

S. II.

— Festnahme eines Spießbuben. In der vergangenen Woche wurden einer alleinstehenden Frau in Kiel von einem jungen Menschen, der bei ihr Wohnung bezogen hatte und einen durchaus vertrauenerweckenden Eindruck machte, eine Damenuhr und noch verschwundene andere Wertgegenstände, u. a. auch Schlüssel, gestohlen. Der Spießbube verdächtete darauf heimlich und wandte sich Eichla zu, um hier in ähnlicher Weise seinen Trick zu versuchen. Die dortige Polizei bereitete aber die Blöße des kostungsvollen Junglings, indem sie ihn festnahm. Wie es heißt, hat sich der Bursche ein ganzes Jahr lang unter falschem Namen umhergetrieben. Er nannte sich Asmus, auch Asmuth; in Wirklichkeit heißt er Schulze und stammt aus dem besetzten Gebiet.

— Fälschungen von Rentenbanknoten über 5 Rentenmark, die schon seit längerer Zeit in mehreren Orten Ostpreußens festgestellt wurden, tauchen seit kurzem auch falsche Scheine zu 10 Rentenmark auf. Sie sind auf gewöhnlichem Papier ohne Wasserzeichen hergestellt. Schlecht gelungene Versuche, das Wasserzeichen durch Druck nachzumachen, sind erkennbar; hält man aber die Scheine gegen das Licht, so fällt der Unterschied gegenüber den echten Scheinen sofort auf. Auch sind bei den Fälschungen Fasern, wie solche bei den echten Scheinen auf der Vorderseite rechts in einem grünlichen Stoffauslaß in größerer Zahl eingebettet sind, nur ganz vereinzelt wahrnehmbar. Das Gesamtbild der Fälschung in Farbe und Druck ist dem der echten Scheine äußerst ähnlich. Mit um so größerer Sorgfalt muss daher im Verkehr, wie bei allen Rentenbanknoten, namentlich bei den 10-Mark-Scheinen, auf das Vorhandensein des guten Wasserzeichens (Kreuz und Ring) und der echten eingebetteten Fasern geachtet werden. Nur auf diese Weise kann sich der einzelne vor Verlusten schützen und dabei gleichzeitig, wenn er beim Vorkommen eines Fälschungsscheines sogleich die Hilfe der Polizei in Anspruch nimmt, zur Ermittlung der Fälscher und Verbreiter mitwirken.

— Teylon in Dresden. Man berichtet uns: Sonntags fährt man wohl einmal nach der Landeshauptstadt, um sich zu zerstreuen. Letzten Sonntag traf ich's gut, es war nicht nur herrliches Wetter, sondern der Ausflug gewährte mir gleichzeitig einen Blick in das Wunder- und Märchenland Indien. Der durch seine 8 Teylon-Bücher in weiten Kreisen bekannte Teylon-Pflanzer und Großkaufmann John Hagenbeck, den der Krieg aus seiner zweiten Heimat grauläsig vertrieben hat, weil mit einer großen Einabseile-Truppe für 5 Monate in Europa und der Son-

Dresden, dessen Wiedereraufbau im Jahre dieses Sommers überraschend schnell vor sich gegangen ist, hat es verstanden, als einziger Garten in Mitteldeutschland, diese erste Original-Überraschung auf 8 Wochen für Dresden zu gewinnen. In sehr echt wirkenden palmblattgedeckten offenen Gütern steht man den indischen Löpfer und Elefanten bei der Fertigung der bunten Tonvasen, den Mottenweber und den Silberschmied bei ihrer kunstvollen Beschäftigung. Zwischen den besonderen Vorstellungen, die vorm. und nachm. in reicher Anzahl stattfinden, belebt sich auch die Fläche, in der auf offenem Feuer in bauulichen Aupferkesseln der Fleischkoch, dessen wichtigster Bestandteil, gewürzte Saucen, mit besonderer Sorgfalt bereitet werden. Die Vorstellungen, die auch ohne besonderes Eintrittsgeld von jedem Besucher eingesehen werden können, bestehen aus einer ganzen Reihe von Tänzen, in denen die schönen braunen Gestalten in prächtiger Gewandung und kostbarem Schmuck vorsprüchlich zur Geltung kommen, ferner aus Vorführungen geradezu staunenswerter Baubekünste, den verständnisvollen Arbeiten der kleinen Gießanten und dem Wettkennen der winzigen Biergäbebras, die vor einen Zweiradkarren gespannt sind. Alles in allem wirklich ein Blick in ein fremdes, an Wundern reiches Land!

— Vorstehende Minderung im Bahnhof- und Postanweisungswesen. Wie verlaufen wird infolge eines Beschlusses der leitenden Stellen mit Ende der Woche die Vorschrift aufgehoben, daß auf Bahnhöfen und Reichsmarpostanweisungen nur mit Rentenmark gezahlt werden kann. Es werden fortan bis zum Betrage von 40 Mark alle zugelassenen Zahlungsmittel angenommen werden.

Der neue Reichsmanteltarif für die Gemeinbearbeiter (M. M. L. 1924) ist in Kraft getreten. Dieser besteht zum größten Teil aus einer Vereinbarung zwischen dem Reichsarbeitsverband deutscher Gemeinde- und Kommunalverbände, dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter und dem Centralverband der deutschen Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen. Einige Bestimmungen, wie z. B. die Arbeitszeitregelung, beruhen auf dem Schiedsspruch einer Schiedskammer des Reichsarbeitsministeriums vom 1. Juli, der unter dem 21. Juli vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden ist. Der Reichsmanteltarifvertrag gilt für etwa 1200 Kommunalverwaltungen und über 170000 Gemeinbearbeiter.

→ 6. Sächsischer Katholikentag. Vom 27. bis 29. September findet in Plauen der 6. Sächsische Katholikentag statt.

— Tagung der Naturheilvereine Deutschlands. In Plauen fand die Vorstehenden- und Jugendtagung der Naturheilvereine Deutschlands statt. In der Sonnabend-Sitzung verbreitete sich bei Bundesvorsitzende Schirrmester-Berlin über die Aufgaben der Tagung. Die Jugend müsse der Lebensreform nützbar gemacht werden. Redner forderte, daß die Anhänger der Naturheilvereine in Anstalten und Krankenassen sich die Anwendung der Hellmethode wählen dürften und daß ein großes Bundesfrankenhaus geschaffen werden solle, in dem junge Kerze der Naturheilkunde sich weiter bilden könnten. Am Sonnabend fand eine Begrüßungsfeier statt. Die Festrede hielt Schirrmester-Berlin, in der er die Lösung ausgab: Einfacher leben, die Sonne suchen und ihrer Heilkräfte sich bedienen! Am Sonntag und Montag wurden die mit Vorträgen verbundenen Verhandlungen fortgesetzt.

— Einstellung der Brikkettherstellung. Die Breundorfer Kohlenwerke geben bekannt, daß sie mit dem 28. Juli die Brikkettherstellung auf dem Werke einstellen und die Förderung auf den Eigenbedarf des Werkes beschränken. Als Grund wird neben den Abschwierigkeiten angegeben, daß die Eisenbahnverwaltung den Anträgen auf Errichtung der Frachten für die für Breundorf notwendige Auffahrt der Rolle von Regis nach Breundorf abgelehnt hat. Die durch diese Fracht eingetretene Belastung des Werkes von etwa 30 000 Mark monatlich, ist derart, daß sie unter den gegenwärtigen Umständen nach Angabe des Werkes nicht mehr getragen werden kann.

— Schwere Strafe für Wehrkriegsteufel

— Schwere Strafe für Überschreitung der tschechischen Grenze. Dicier Tage begaben sich zwei Leipziger Herren von Klingenthal aus nach Karlsbad, um dort geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen, ohne sich im Vize von Passen zu befinden. In Karlsbad wurden sie bei einer Kontrolle festgehalten, der eine in Haft genommen und der andere nach Deutschland zurückgeschickt, um die ungewöhnlich hohe Strafsumme von 780 Goldmark obet beten Wert in Kronen zu beschaffen, andernteils man den ersten Herren längere Zeit in Freiheitsstrafe nehmen wollte. Diese harte Strafe sollte allen Neisenden eine Warnung sein, ohne ordnungsgemäße Ausweispapiere die tschechische Grenze zu überschreiten.

— Eine unbekannte Seuche unter dem Rindvieh. Von landwirtschaftlicher Seite wird darauf

ausführlich. Von unbedeutendster Seite wurde darauf aufmerksam gemacht, daß in Norddeutschland wieder jen- schenartige Krankheiten unter dem Rindvieh auftraten, deren Ursache bis heute noch nicht festgestellt worden ist. Die Behandlung der erkrankten Tiere war größtenteils ergebnislos. Es liegt der Verdacht nahe, daß auf dem Wege über Hamburg eine jener uns noch nicht in der Praxis bekannten ausländischen Seuchen ihre ersten Opfer gefordert hat. Es wird daher vom ernährungspolitischen Standpunkte aus gefordert, daß die augenscheinlich bestehenden Einfuhr-Erliechtungen für lebendes Vieh zurückgezogen und die alten Quarantänebestimmungen wieder eingefestigt werden. Das Auftreten einer neuen Seuche würde verheerende Folgen für die Ernährung unseres Volkes haben — abgesehen von dem Verlust am Wohl- bewußtsein und der weiteren Schädigung unserer durch die Kriegs- und Nachkriegszeit hart mitgenommenen Rindviehbestandes. Die Maul- und Klauenseuche des Jahres 1920, von der in Deutschland fast 84 000 Schafe befallen waren, sollte den maßgebenden Stellen der Regierung ein warnendes Beispiel sein. Es ist Pflicht der Regierung, in dieser Hinsicht vorzubeugen, zumal in den uns umgebenden Ländern, wie der Tschechoslowakei, Frankreich und Belgien, die Maul- und Klauenseuche in beträchtlichem Umfang herrscht.

— Einfluß der Gerichtssserien auf die Wirtschaftslage der Industrie. Der Verband Sächsischer Industrieller hat an die Präsidenten der sächsischen Landgerichte eine Eingabe gerichtet, in der er darum bittet, mit Rücksicht auf die große Geld- und Kreditnot in der sächsischen Industrie von der Anwendung des Paragraph 200 Abs. 4 des Gerichtsverfassungsgesetzes weitgehend Gebrauch zu machen. In diesen gesetzlichen Bestimmungen ist vorgesehen, daß in Landgerichtsprozessen auf Antrag auch solche Sachen, welche nicht kraft Gesetzes bestensachen sind, soweit sie befürbten Beschleunigung

ieses Verfahrens sind, soweit sie befeindete Beleidigung bedürfen, als Gerichtssachen bezeichnet werden sollen. Bei den gegenwärtigen eingesengten wirtschaftlichen Verhältnissen kommt die Einrichtung der Gerichtsstellen, die eine allgemeine Vertagung der Rechtsstreitigkeiten zur Folge hat, einem Moratorium für die Schuldner gleich. Diese abwegige Stundung gereicht aber nicht nur den einzelnen Gläubigern, sondern mit Rücksicht auf die große Zahl der Fälle schließlich der gesamten Wirtschaft zum Nachteil. Aus diesem Grunde hat der Verband Sächsischer Industrieller die Präsidenten der sächsischen Landgerichte und im Anschluß daran den Justizminister gebeten, den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen dadurch gerecht zu werden, daß in größerem Umfange als in früheren Fällen die Arbeiten der Gerichte auch in streitigen Sachen fortgeführt werden.

— Die 4. WIRTE DER TBS. WEG. Bandes-
lotterie wird am 6. August 1924 gezogen. Die Ge-
meuerung der Lose hat bis zum 28. Juli zu erfolgen.

Die Befestigung durch das Geräusch der Krafträder. Ueber Befestigung durch Geräusch im Verkehrs mit Krafträder wird seit längerer Zeit lebhaft Klage geführt, namentlich über das laute Knattern der Klein-Krafträder. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe und der Minister des Innern geben deshalb in einer Verfügung an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin ein Schreiben des Reichsverkehrsministers weiter, worin sie erluchen, auf die gewissenhafte Beachtung der für Krafträder gegebenen Vorschriften mit Nachdruck hinzuwirken und gegen Überschreitungen einzuschreiten. In dem Schreiben des Reichsverkehrsministers wird auf die geleglichen Bestimmungen hingewiesen, wonach die Kraftfahrzeuge so beschaffen sein müssen, daß jede vermeidbare Befestigung von Personen und Gefährdung von Fußgästen durch Geräusche usw. ausgeschlossen ist. Die Ablöschung der Verbrennungsgas bei Explosionsmaschinen hat unter Anwendung ausreichender Schalldämpfender Mittel zu geschehen. Der Führer ist insbesondere dazu verpflichtet, Sorge zu tragen, daß eine nach der Geschaffenheit des Kraftfahrzeuges vermeidbare Entwicklung von Geräusch in seinem Hause eintritt; das Deffnen von Auspuffklappen innerhalb geschlossener Räume ist verboten. Um Schlüsse besteht es, daß die Befestigung dieser Auspuffe im Interesse der weiteren Entwicklung dieses wichtigen Verkehrszweiges selbst gelegen ist.

— "Hundstage sprüche. Unter Hundstage verstehten wir bekanntlich jene Sommertage, in denen der Hundstern sichtbar ist. Das ist die Zeit vom 24. Juli bis 23. August. Balthasar Schmutz schreibt: „Im Gestrin des Himmels, das man den Hund nennt, sind zwey vornehme Sterne, einer auf der Jungen des Hundes, der wird der große Hund genannt, der ander auf dem Kopf, der wird Thrius, der Vorhund, und canicula genannt. Von diesem andern Sternen haben die Hundstage ihren Namen, weil derselbe dazumahnen aufzehet und gerade mitten im Himmel steht.“ In dieser Zeit durchläuft die Sonne das Zeichen des Löwen. Der Landmann, der allen Gestirnen einen gewissen Einfluss auf das Wachstum seiner Felder zuschreibt, konnte natürlich auch die Zeit des Hundsterns nicht unbemerkt vorüber gehen lassen; im allgemeinen glaubt der Bauer, daß helle Hundstage ein ertragreiches Jahr verkünden. Ist bei Mond zur Zeit des Hundsternausgangs im Zeichen des Fisches, „so bedeut's viel Wein basselbige Jahr“. Auch heißt es: „Wenn die Hundstage Regen bereiten, kommen nur traurige Zeiten.“ In Bayern meint man: „Wie die Hundstage eingehen, so gehen sie aus“, in Solothurn: „Wenn der erste Hundstag schne hne geht, so isch's de ganze Mo net schö.“

* Beithain. Das am 19. und 20. dieses Monats stattgefundene Vereinsjubiläum des Turn- und Sportvereins Beithain nahm, von der Witterung begünstigt, einen glänzenden Verlauf. Um Sonnabend versammelte ein Novumers die zahlreich Erschienenen. Turnerische Darbietungen, die deutlich zeigten, wie der menschliche Körper durch den edlen Turnsport gestählt wird, wie sich besonders durch das Turnen des weiblichen Geschlechts Kraft mit Anmut paaren lassen, füllten den Abend aus. Der Sonntag begann mit volkstümlichen Einzelkämpfen, die die Turner und Turnerinnen im friedlichen Wettkampfe zusammenführten. Nachmittags 1 Uhr erfolgte der Festzug durch den herrlich geschmückten Ort nach der Festwiese. Während des Vorbeimarsches am Kriegerdenkmal wurde unter den Klängen "Ich hatt' einen Kameraden" ein Sichenkranz niedergelegt. Die geturnten Freilübungen der Turner und Turnerinnen fanden großen Beifall. Was bei den Geräte-Wettkämpfen gezeigt wurde, erweckte Bewunderung und allgemeines Lob. An die erfolgte Siegerverkündung schloss sich ein gemütliches Läugnen an, doch jung und alt in freudiger Stimmung anhattenhielt. Alles in allem, das Fest darf als wohlgelungen bezeichnet werden. Dass der Turn- und Sportverein von 1899 in Beithain große Sympathien genießt, beweist das allgemeine Interesse, das den Darbietungen entgegengebracht wurde, der herrliche Schmuck des Ortes und die heraliche Gastfreundlichkeit, die den auswärtigen Turnern entgegengebracht wurde. Viöge des Verein unter seiner Leitung auch zünftig weiter wachsen, blühen und gedeihen zum Segen unseres darniederliegenden Vaterlandes.

* Meissen. In einer biesigen Porzellanfabrik geriet ein Arbeiter mit dem rechten Arm in die Tonschneidemaschine. Nach einer halben Stunde erst konnte der Bedauernswerte aus seiner schrecklichen Lage befreit werden. Dann zeigte sich, daß ihm die Knöchel der Hand und des

* Dresden. In der Zeit vom 19. bis 21. Juli wurde in einem Juweliergeschäft in der König Johannstraße ein Einbruch verübt. Die Täter drangen vom Keller aus nach Durchbrechen der Decke in den Juwelierladen und entwendeten dort für etwa 5000 Mark Gold- und Silberjachten, u. a. Granatkölliers, Blagacitkölliers, goldene Prinzenkölliers, silberne Kölliers, goldene und silberne Hörbehänge und Hörringe, Zigarettenetui aus Alpacca, Herrenuhrketten aus Gold, Silber und Double, Emaillemedaillons, silberne Anhänger, 2 Goldtopase mit Brillanten und Kroppen, ein Steinköllier, Trauringe aus Gold und Double, 5 Dutzend Kaffeelöffel und vieles anderes. — In der Zeit vom 15. bis 16. Juli wurden zwei biesigen Fleischermeistern aus einer Mietzelle des Städtischen Schlachthofes 4 geflochte Schinken, 8 gefaltete Schinken, 2 geräucherte Schinken, 6 Speckleiten, 6 Stück Rautfleisch und mehrere Würste gestohlen. — Beobachtungen einer Reihe wilde-

Würde gestohlen. — Beobachtungen einer Reihe wilden Kohlenhändler, die Roks und Kohle zu sehr niedrigen Preisen anboten, führten zu dem überraschenden Ergebnis, daß die wilden Kohlenhändler Kohlen und Roks hauptsächlich bei Großfirmen kausten, mit diesen Ladungen nach der städtischen Gasanstalt fuhren und sie dort abwiegen ließen. Einige städtische Wiegemeister arbeiteten mit ihnen zusammen und stellten ihnen über ihre Ladungen amtliche Wiegezettel mit einem um 30 bis 40 Centner höheren Gewicht aus. Einige der beteiligten Personen, darunter die beiden städtischen Wiegemeister, wurden verhaftet. — Der Verein der Dresdner Hotelbesitzer teilt mit, daß bei den Mitgliedern des Vereins die Herabsetzung der Hotelzimmerpreise um den Betrag der wegfallenden Beherbergungssteuer erfolgt sei. Der Verein der Hotelbesitzer von Dresden und der Sächsische Hotelbesitzerverband haben ihre sämtlichen Mitglieder verpflichtet, den Betrag der früheren Beherbergungssteuer sofort inwegfall zu bringen. Sie werden für die Durchführung dieser Verpflichtung unter allen Umständen Sorge tragen und erwarten, daß alles getan wird, um den gegenwärtig barniederliegenden Fremdenverkehr Dresdens zum Wohle der Stadt wieder zu heben.

* Wien. Von welcher Art „Rücksleen“ die Brovins nicht allzu selten heimgesucht wird, davon zeugt folgende Kritik des „Wiener Anzeigers“: „Eine Enttäuschung ärgerster Art erlebten die Besucher des Theaterabends, der am Sonnabend von der Vereinigung Dresdner Bühnen-Künstler zum Besten des Vereins der Klein- und Mittelrentner veranstaltet wurde. Wohl aus bestimmten geschäftlichen Gründen, um keine finanzielle Pleite zu erleben, hatte sich die Direktion Fred Richard an den Verein gewandt und ihm den kleineträg veriprochen. Er war also nur Mittel zum Zweck, die Hauptsache war, daß die aus vier Köpfen bestehende „Künstlervereinigung“ ihre Spesen, wozu auch die Magen gehörten, bestens fandte. So soll hier gar nicht

reit auf das Spiel, die Handlung eins, eingegangen werden. Es war unter aller Kritik, und man sollte "DIREKTIONEN" glauben, der "Provins" so etwas bieten zu können, dann muß man sie eines beseren beleben. Der an und für sich schlechte Inhalt des Schauspiels aber Drama, "Was auch die Liebe meinen" — die Direktion wußte selber nicht, wie sie das Ding nennen sollte —, wurde durch ganz gemeinsame Darstellung in Wort und Spiel noch mehr verschärft und dazu kam, daß einer der Mitwirkenden, um es gerade herauszufügen, nicht mehr nüchtern war. Ein Teil des Publikums, das die Ein- und Amedeutlichkeiten nicht länger mehr anbören wollte, stand während des Spiels auf und verließ den Saal. Wir hofften, daß diese Künstlervereinigung der Theaterdirektion "Die Richard" uns Wien nicht mehr belästigt." — Die Hundespere scheint in der Hauptstadt Wien zu einer Daueranrichtung zu werden. Ihre Aufzehrung sollte am 27. Juli erfolgen. Nun haben sich aber im Bezirk wieder mehrere tolle Hunde gesetzt und die Hundespere wurde deshalb bis zum 8. Oktober verlängert.

* Klein-Würzburg. In den Waldungen des hügeligen Staatsforstreviers, in denen seit Jahren die Bäumen in großen Massen auftreten, ist seit einiger Zeit die Wandelkrankheit ausgebrochen, sodass jetzt tausende von Bäumen unter den gefallenen Bäumen tot liegen. Beide haben aber die Schädlinge die Bäume bestimmt stellenweise bereits fast gefressen.

* Bauzen. Der 88jährige Fischermeister i. R. Ernst Hermann Schmidt feierte am Montag sein 60jähriges Meisterjubiläum.

* Wurzen. Im benachbarten Vogtgrün stürzte infolge vorzeitigen Zessens der Wagontür der Bürgermeister Paetz aus dem Buge und fiel zwischen die Wagen. Zum Glück konnte er den Körper noch schnell zurückwerfen, doch wurde ihm der linke Unterarm glatt abgeschnitten. Der Bedeuernswerte wurde in die Auerbacher Klinik gebracht.

* Wurzen. Am Sonnabend nachmittag fuhr der Gastwirt und Überhändler Werner aus Redwitz auf der Staatsstraße von Poppau nach Wurzen. Als er einen Kraftwagen heranfahren sah, flog er vom Wagen und hielt das Werk. Das Werk schaute jedoch und drückte den Wagen rückwärts. Das Auto fuhr in das Gebäude und zerkrachte es. Dabei wurden die Ehefrau Werner und das 4-jährige Kind der Tochter sofort getötet und leichte schwer verwundet. Das Auto erlitt einen Achsenbruch.

* Leipzig. Die Ehefrau des Gutsbesitzers Werner wurde mit ihrem kleinen Enkel infolge Schwerwerts des Werdes aus dem Wagen geschleudert und von einem vorbeifahrenden Automobil überfahren. Beide erhielten schwere Verletzungen, das bald darauf starben.

Ein neues schweres Autounfall.

Bittau. (Funkspruch.) In der vergangenen Nacht ist ein mit 5 Personen besetztes Auto auf der Straße von Bittau nach Großschönau verunglückt. Der Fahrer des Autos, ein Kaufmann aus Bittau, war sofort tot und die anderen Insassen des Wagens sämtlich schwer verletzt. Eine Frau ist auf dem Transport nach Bittau gestorben. Die Ursache des Unglücks ist darauf zurückzuführen, daß das Auto nicht auf der Chaussee, sondern auf einem schmalen Wege fuhr, von dem es abglitt und die Böschung herunterfuhrte.

Gerichtsaal.

Verurteilung wegen Widerstandes. Anfang Februar 1928 batte die Gendarmerie in Lengsfeld den Auftrag erhalten, den Kommunistenführer Max Rothes in Schubhaft zu nehmen, weil er verdächtig war, in Thüringen und wohl auch im Ruhrgebiet und in Bayern kommunistische Propaganda gemacht und Hetzreden gehalten zu haben. Die Verhaftung Rothes konnte aber nicht erfolgen, weil die Abänderungsrichter zwischen den Gendarmerie und Rothes waren. Am 8. Februar wurden nun eine Anzahl Gendarmeriebeamte nach Lengsfeld kommandiert. Rothes hielt vor der Schule in Wockau eine Ansprache an die dort versammelte Menge des Inhalts, die Sipo lärm und wollte ihn verhaften. Er forderte zum bewaffneten Widerstand auf und gab Befehl, daß alle seine Getreuen mit nach Marterbüchel ziehen sollten, um dort den Sipo entgegenzutreten. Unter Leitung Rothes wurden dann dort hinter der Turnhalle Waffen und Munition verteilt. Die Bewaffneten zogen mit Rothes, der selbst ein Gewehr führte, nach Marterbüchel, um dort der Gendarmerie oder Reichswehr entgegenzutreten. Wegen Teilnahme an diesen verbündnisvollen Vorgängen batte sich jetzt vor dem erweiterten Schöffengericht in Freiberg 30 Arbeiter aus Wockau-Lengsfeld zu verantworten. Das Gericht verhängte Strafen von 2 Jahren bis zu 8 Monaten Gefängnis. 10 Angeklagte wurden freigesprochen.

Stillegung sämtlicher Eisenhütten in Oberschlesien.

Königsblütte. (Funkspruch.) Gestern mittag sind sämtliche oberösterreichischen Stahl- und Eisenhütten stillgelegt worden, da die Belegschaften entgegen der Regierungsverordnung nur 8 Stunden Arbeit leisteten. Mit Rücksicht auf die Demonstrationen, die vor den Werken stattfanden, sind starke polizeiliche Kräfte aufgeboten worden. Heute finden wiederum in ganz Oberschlesien Belegschaftsversammlungen statt, in denen zur Lage Stellung genommen werden soll.

Von der Londoner Konferenz.

London. (Funkspruch.) Heute nachmittag wird die zweite Vollsitzung der interalliierten Konferenz stattfinden. Die drei Ausschlüsse werden der Konferenz ihre Berichte erstatzen. Die Hauptpunkte sind die Frage der Sanktionen und des Verzuges Deutschlands, die Rückumwandlung des Ruhrgebietes und die vorgeschlagene Unleihe für Deutschland.

Paris. (Funkspruch.) Nach dem Sonderberichterstattner der Agentur Havas in London wird in der Sitzung der Delegationsfürscher heute vormittag auch die Entscheidung in der diplomatischen Frage fallen, ob die vorgebrachten englischen und amerikanischen Bankiers befundete Neugierde gegen jede Kolonie einer alliierten Macht gegen Deutschland berücksichtigt werden soll oder nicht. Nach Auffassung der Bankiers mögen derartige Sanktionen den Kredit Deutschlands und dementsprechend auch die Interessen der Geldgeber in Mitleidenschaft. Man könne sicher sein, sagt der Berichterstattner dinau, daß hierzu darauf dringen werde, daß die Handlungsfreiheit Frankreichs unversehrt bleibe.

Konferenzen in Koblenz und Düsseldorf.

* London. Die wirtschaftliche Unterkommission der zweiten Kommission empfiehlt in ihrem Bericht über die praktische Durchführung der wirtschaftlichen Rückumwandlung des Ruhrgebietes, daß alle Organisationsmaßnahmen durch Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und den alliierten Regierungen auf Konferenzen in Koblenz und Düsseldorf verhandelt werden.

Die deutsche Wertstellung des Dops.

* Berlin. Die Auffassung der politischen Lage geht in politischen Kreisen nach wie vor dahin, daß man in Nähe mit der Einladung Deutschlands nach London zu rechnen hat. Da ist anzunehmen, daß ein deutscher Vertreter (voraussichtlich des Außenministers) dieser Einladung Folge leistet. Auch in den Kreisen der Deutschen Volkspartei würden die deutschnationalen Voraussetzungen als solche verdeckt angegeben werden.

Ein gemischter deutsch-alliierter Konsult.

* London. (Funkspruch.) Daily Telegraph aufgabe ist in der abdurchsetzten Deutscherkunft des sogenannten Untersuchungsausschusses der zweiten Kommission als Organ, das für etwaige Streitigkeiten beim Übergang von der alten zur neuen Ordnung entscheiden soll, ein gemischter deutsch-alliierter Ausschuß bezeichnet worden, der seinen Sitz in Düsseldorf haben wird.

Deutschland soll seine Wünsche vorbringen.

* London. (Funkspruch.) Daily Mail berichtet, daß die Frage der Rückumwandlung Deutschlands zur Konferenz gestern von Macdonald in einer an die Alliierten der anderen Länder gerichteten Mitteilung zur Erörterung gekommen ist. Es verlautet, daß er die Forderung gestellt habe, Deutschland solle, sobald ein allgemeines Abkommen über den Dawesplan tatsächlich erreicht worden sei, aufgesfordert werden, seine Wünsche vorzubringen.

Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 28. Juli 1924.

Die militärische Rückumwandlung des Ruhrgebietes unerlässlich.

* Berlin. (Funkspruch.) In einem Telegramm der niedersächsischen Industrie- und Handelskammer an den Reichsminister des Auswärtigen heißt es unter anderem: Die niedersächsische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Diesel ist voll durchdrungen von der Dringlichkeit und Wichtigkeit nicht nur eines Abkommens auf der Grundlage des Sachverständigenberichtes, sondern auch der Durchführung eines solchen Abkommens unter der Anwendung eines für alle Beteiligten geltenden Rechtes. Gerade deshalb muß sie als erste Vorarbeitung dafür noch wie vor nicht die Zurücknahme aller Maßnahmen bezeichnen, die im Verfolg der sogenannten wirtschaftlichen Sanktionen vorgenommen worden sind, sondern auch und vor allem die militärische Rückumwandlung des Ruhrgebietes sowie der Brückenkopfe Duisburg und Düsseldorf. Sie bittet die Reichsregierung auf Dringendste, auf diesem Standpunkt zu verharren. Vom deutschen Reichstag verlangt sie, daß er seinem Abkommen seine Zustimmung ertheilt, das nicht in einer auch für die Gegenseite unbedingt verbindlichen Weise die demokratische militärische Rückumwandlung des Ruhrgebietes einschließlich der Brückenkopfe Duisburg und Düsseldorf herstellt.

* Abg. Steiniger Vorsitzender des Reichstagsausschusses. Berlin. (Funkspruch.) Der Reichstagsausschuss, der sich mit den auswärtigen Fragen zu beschäftigen haben will, hat sich konstituiert und zum Vorsitzenden den deutsch-nationalen Abgeordneten Steiniger bestellt. Stellvertretender Vorsitzender ist der Sozialdemokrat Heimann, Schriftführer die Abgeordneten Dr. Kulenkampff (D. Sp.) und Dr. Gerland (Dem.).

* Berlin. (Funkspruch.) In der heutigen Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten wurde die Aussprache über das Sachverständigen-Gutachten fortgesetzt. Es sprachen zunächst der Abgeordnete Bapf (D. Sp.) und Dr. Hochschild (Dn.). Ihnen antwortete Außenminister Dr. Stresemann in längeren Ausführungen.

Fraktionsbildung der Deutschen Volkspartei.

* Berlin. Gestern abend hielt die Fraktion der Deutschen Volkspartei nach dem Plenum eine Fraktionsbildung ab, an der auch der Außenminister Dr. Stresemann teilnahm. Der Minister gab einen Bericht über die außenpolitische Lage.

Die Beamtenbefolzung vor dem Haushaltsausschuss.

* Berlin. (Funkspruch.) Der Haushaltsausschuss des Reichstags behandelte in seiner neuen Sitzung Fragen der Beamtenbefolzung. Nunzächst hob der Ausschuss die Ermächtigung an das Finanzministerium auf, die Grundgebühr der Beamten selbstständig festzulegen, ferner entzog der Ausschuss die Ermächtigung an die Regierung, die Ortszulage zu bestimmen, und behielt auch dieses Recht dem Haushaltsschluß vor.

Die Vertreter der Ausgewiesenen und Vertriebenen vom Reichspräsidenten empfangen.

* Berlin. (Funkspruch.) Der Reichspräsident empfing heute die Vorsitzenden der Reichsverbände der Ausgewiesenen und Vertriebenen von Klein und Kühr, welche die Notlage der Vertriebenen bei ihrer Rückkehr in die Heimat, insbesondere die Schwierigkeiten der Unterbringung Soldaten und Waischläger zu äußern untertrieben.

Strafantrag gegen die "Rote Fahne".

* Berlin. (Funkspruch.) Wegen der Veröffentlichung des Statuts der Reichsbahngeellschaft durch die "Rote Fahne", wodurch ein Staatsgeheimnis unbefugt preisgegeben wurde, wird der Oberrechtsanwalt gegen die für die Veröffentlichung verantwortlichen Personen eingeschritten.

Von den Bayreuther Festspielen.

* Bayreuth. (Funkspruch.) Dem Bericht über die gestrige Aufführung der "Meistersinger von Nürnberg" ist noch hinzuzufügen, daß nach Schluss der Vorstellung, die ungestoppt auslief, Siegfried Wagner wiederholt hervorgerufen wurde. Die begeisterte Menge sang dann den Deutschlandmarsch. (S. A. Kunst und Wissenschaft.)

* Bayreuth. (Funkspruch.) Dem Hause Wobstfeld ist zu Beginn der Festspiele folgendes Telegramm zugegangen: Zur Wiederaufnahme der für die deutsche Kunst so bedeutenden Festspiele namens der Reichsregierung ein herzliches Glück auf! Ich hoffe, diesen Gruss bei einer der bevorstehenden Aufführungen auch persönlich überbringen zu können. Reichsminister Dr. Jarres.

Verhaftungen bei der Neubaumaßnahme des Reichsvermögensamtes.

* Koblenz. (Funkspruch.) Im Zusammenhang mit den Unterschleissen bei der Neubaumaßnahme des Reichsvermögensamtes sind in der letzten Zeit verschiedene Verhaftungen vorgenommen worden. So wurde gegen Ende der vorigen Woche der Bauteufel Gens, gekannt der Baumeister Lange in Luxemburg verhaftet. Beide befinden sich in Untersuchungshaft.

Morgans Reise nach London.

* Paris. (Funkspruch.) Havas berichtet aus New York: Morgan wird am 26. Juli nach London abreisen. Er erklärt, daß seine Reise nichts mit der deutschen Unleihe zu tun habe.

Der Präsident von Mexiko.

* Paris. (Funkspruch.) Wie dem Petritiarien aus New York gemeldet wird, ist dem New York Herald zufolge General Calles zum Präsidenten von Mexiko ernannt worden.

Poincarés beraterische Tätigkeit.

* Paris. Gant "Daily Mail" wird Poincaré morgen einen politischen Bericht veröffentlichen und den Engländern und Deutschen mitteilen, in welcher Richtung zu verfolgen.

seßliche Deutschland trete, um den britischen Handel labours zu geben (D), sobald ihm das Ruhrgebiet zurückgegeben sei.

Großbritannien und Italien.

* London. (Funkspruch.) Die Blätter veröffentlichten den Entwurf des zwischen Großbritannien und Italien abgeschlossenen Vertrages betreffend die Abtreterung des Ruhrgebietes durch Großbritannien an Italien.

Vermischtes.

* Mainz. (Funkspruch.) Aus Mainz wird gemeldet: Die 24 Jahre alte Gesellschafterin Johanna Strempel hat ihr drei Jahre altes Kind, ihr 2½ jähriges Mädchen und ihr drei Monate altes Kindchen in die Kür geworfen und ist dann selbst nachgebrungen. Während die drei Kinder entwischen, konnte die Mutter gerettet werden. Sie gab im Spital an, daß ihr Mann, der 22jährige Gesellschafter Fred Strempel, ihr zu wenig Geld gegeben habe, sobald sie mit ihren Kindern nicht leben konnte. Der Mann bestand, daß seine Frau Lungentuberkulose sei und wiederholt schwanger geworden.

* Ein Halbmonat untergegangenes Kind verhaftet. In einer verlassenen Werkstatt am Rödelheimer Lehr in Frankfurt a. M. wurde eine Halbmonatzegefäßfamilie von der Polizei bei der Tägigkeit überwacht und verhaftet. Es wurden große Mengen von falschen Pfennigstückstücken vorgefunden. Das Metall für die Fälschungen war aus einem Werk, das Rohstoffe für die amtlichen Prüfungen herstellt, gestohlen. — Auf dem Bahnhof Mainz-Süd sind gestern zwei Personen verhaftet worden, die in geschlossenen Koffern falsche Brief- und Büro-Billionen-Scheine mit sich führen. Ein bissiger Schuhmachermeister, dem sie Halbschuh bringen wollten, wurde eben verhaftet.

* Straßenbahnbauung in Berlin. Ein schwerer Zugunfall zwischen zwei Straßenbahnwagen ereignete sich Montag abend. Angeblich infolge Versagens der Bremsen eines der Wagen stieß dieser mit voller Gewalt auf den andern, sodass die Vorderplattform des ersten Wagens völlig zertrümmt wurde und der Wagen abgeschleift werden mußte. Von den Passagieren der beiden Elektrolinien sind insgesamt sechs Personen mehr oder weniger schwer verletzt worden.

* Bülowstr.-Tragödie. Ein in der Meilenstraße in Schöneberg angestelltes 19-jähriges Dienstmädchen wollte die Bülowstrasse mitnehmen und ließ sich ihr hübsches braunes Haar im Raden abschneiden. Als sie vom Friseur nach Hause kam, war ihre Dienstherrin über die neue Frisur des Dienstmädchen sehr ungehalten und sagte, daß der Bülowkopf absolut nicht zu Gesicht stehe. Dies nahm sich das Mädchen so zu Herzen, daß sie sich in ihrer Kammer einschloß und den Gasbahn öffnete. Man fand sie in tiefer Bewußtlosigkeit auf und mußte sie ins Krankenhaus bringen. Ihr Zustand ist ernst.

* Schwere Bestrafung eines ungarischen Dichters. Der ungarische Dichter Attila József hatte in einer literarischen Zeitschrift unter dem Titel "Der revolutionäre Christus" ein Gedicht veröffentlicht, an welchem religiöse Kreise Anstoß nahmen. Der Staatsanwalt erhob gegen den Dichter Anklage wegen Gotteslästerung. In der Verhandlung erklärte József, daß es ihm fern stehe, Gott zu lästern. Das Gedicht stelle das Gebet eines proletarischen Arbeiters dar, der nach sozialer Gerechtigkeit strebe. József wurde zu acht Monaten Gefängnis und 20000 Kronen Geldstrafe verurteilt.

* Der Kartoffel-König ist tot. Im Alter von 88 Jahren ist in England Mr. Dennis, der unter dem Namen "Kartoffel-König" bekannt ist, gestorben. Er war der Sohn eines einfachen Arbeiters und hat sich große Verdienste um den Kartoffelanbau in England erworben. Nach 30 Jahren unermüdlicher und oft mühsamer Versuche befaßt er 3000 acres Land, auf dem er die besten Sorten Kartoffeln zog und durch die Einführung moderner Maschinen und Geräte die gesamte Kartoffelwirtschaft in England hob. Im Jahre 1920 wurde sein gesamter Betrieb von einem Syndikat zu dem annehmbaren Preis von 2 Millionen Pfund Sterling aufgekauft. Als anlässlich der Königsfeier des lebigen englischen Königs ein Königliches Geschenk für die Armen gegeben wurde, stiftete Mr. Dennis 250 Tonnen Kartoffeln dafür.

* Ein Hotel niedergebrannt. Das Hauptvergnügungstablissement "Hotel Victoria" in Dinkelsbühl in der Nacht zum Montag durch eine Feuerbrunst fast vollständig zerstört worden. Am Sonntag hatte in dem Hotel ein großes Sommerfest stattgefunden, welches von einer Reihe auswärtiger Gäste besucht war, die in dem Hotel ein Massenquartier bezogen, um am Morgen den Zug erreichen zu können. Nachdem die Feuerlichkeit um 3 Uhr morgens ihr Ende gefunden hatte, lag alles in einem Nebenraum auf Stroh in kleinen Schalen, als plötzlich Feueralarm erklang. In dem großen Umbau, der einen Theatersaal, Tribünen und noch zwei kleinere Säle birgt, war Feuer ausgebrochen, das sich rasend Geschwindigkeit über diesen Teil des Hotels ausdehnte. Glücklicherweise konnten sich Gäste und Hotelangestellte rechtzeitig in Sicherheit bringen. Als die Feuerwehr an dem Hause erschien, stand bereits das ganze mit Pappe bedekte Dach in hellen Flammen. Von dem Gaalonbau war nichts mehr zu retten, er brannte bis auf die Kellermauern nieder und die gesamte Einrichtung wurde ein Raub der Flammen. Nur griff das Feuer auch auf das Hauptgebäude über und zerstörte dort das ganze Obergeschoss. Auch hier konnten sich Bewohner und Gäste des Massenquartiers rechtzeitig in Sicherheit bringen. Als Feuerwehr an dem Hause erschien, stand bereits das ganze mit Pappe bedekte Dach in hellen Flammen. Von dem Gaalonbau war nichts mehr zu retten, er brannte bis auf die Kellermauern nieder und die gesamte Einrichtung wurde ein Raub der Flammen. Nur griff das Feuer auch auf das Hauptgebäude über und zerstörte dort das ganze Obergeschoss. Auch hier konnten sich Bewohner und Gäste des Massenquartiers rechtzeitig in Sicherheit bringen.

* Annullierung einer Che nach 20 Jahren. In der Pariser Gesellschaft ereigte die Annulierung der Che des Grafen Jacques de Lestibaud großes Aufsehen. Der Graf hatte sich vor 20 Jahren bei seinem Aufenthalt in den Mongolen mit einer jungen Amerikanerin verheiratet. Die Che war vor zwei belgischen Missionaren geschlossen worden und die junge Gräfin hatte sich damit begnügt, daß von den Missionaren ausgestellte Schriftstück bei dem französischen Konsulat in Shanghai registriert zu lassen. Der Graf hatte seiner Familie keine Mitteilung von der Heirat gemacht und lebt, nach 20jähriger Che, die Gültigkeit der Zeremonie angefochten. Das französische Gericht erklärte die Che für nichtig, da die Missionare nach dem französischen Gesetz nicht zum Vollzug der Che berechtigt waren.

* Wieder gestattet

Ist es, in Zukunft bei Anzeigen, in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs zum Erwerb oder zur Veräußerung angeboten oder neuwertig werden, unter Chiffre (Zeichen), also ohne Nennung des Namens, im kleinen Tagblatt zu veröffentlichen. — Kleine Anzeigen haben vorsichtige Eigenschaften.

Kunst und Wissenschaft

Wiedereröffnung der Bayreuther Festspiele. Viele Interesse für Bayreuth, seine Kunst und seine Aufführung, hat durch die infolge widriger Verhältnisse erwogene 10jährige Unterbrechung der Festspiele nicht gelitten. Doch der Bayreuther Gedanke in seiner Werbekraft keine Einbuße erlitten hat, seit der starke Andrang aus dem Auslande, überhaupt aus allen Ländern deutscher Sprache, auch aus dem Ausland, zu den gestern begonnenen Festspielen. Die erste Vorstellung beginnt um 4 Uhr. Diese Aussöhnung der Meistersinger von Nürnberg möchte in ihrer olden Form und Ausstattung einen beeindruckenden Eindruck, der sich in immer wiederholtem stürmischen Beifall des ausverkauften Hauses kundgab.

Börsenwirtschaft.

Berliner Börse am 22. Juli. Wie schon der Verlauf der letzten Börse zeigte, verhalten sich die mahaebenden Bankkreise gegenüber allen Ausschüttungen über die Londoner Konferenz ziemlich reserviert. Die aus London einfließenden Nachrichten geben ja auch tatsächlich kein klares Bild von der Lage. In deutschen Wirtschafts- und Parlamentskreisen herrscht die Meinung vor, daß bei weitem noch nicht alle Schwierigkeiten auf dem Wege geräumt seien und daß alles davon abhänge, wie sich tatsächlich die Konferenz zur Frage der Verhandlungen mit deutschen Vertretern stellen werde. Lebt sie es überhaupt ab in Verhandlungen

mit Deutschland zusammen und werde ein neuer Punkt verloren, so läuft man in Berliner Bankkreisen auf Grund privater Informationen zu wissen, daß in solchem Falle die Unterbringung des internationalen Anteiles in Amerika sehr stark gefährdet sei. An der Börse ist deshalb wohl auch für die kommenden Tage nicht mehr als eine freundliche Grundstimmung und ruhiges Geschäft zu erwarten. Geld bleibt für kurzfristige Bedürfnisse angeboten. Die Nachrichten aus der Industrie laufen weiterhin ungünstig. Im Deutschen Verleih ist das Geschäft sehr still.

Industrieller Wechselkredit und Sondervergütungen für den Export von Superphosphat. Die Deutsche Superphosphat-Industrie hat der Landwirtschaft weitere außerordentliche Vergütungen eingeräumt. Bei Versandungen innerhalb von 14 Tagen nach Abhandlung der Ware wird eine Vergütung von 4%, vom Rechnungsbetrag gewährt. Bei Übergabe von Wechseln innerhalb von 14 Tagen nach Abhandlung der Ware übernimmt die Industrie den Wechseldiskont und Stempel. Weiter haben die Preise für Ammonium-Superphosphat durch die Neufestlegung der Stückstoffpreise eine erhebliche Erhöhung erfahren.

Diskontierung der E-Schadenwellungen auf Grund der österreichischen Reparationsabgabe. Für die Reparationsabgabe, die von der englischen Regierung in Höhe von fünf Prozent des Warenwertes auf Waren erhoben wird, die seit dem 26. Februar 1924 in England eingeführt worden sind, wird den deutschen Exporteuren nunmehr eben-

falls eine Entschädigung durch E-Schadenwellungen gewährt, wie sie bisher für die 20 Prozentigen englischen Reparationsabgabe ausgedehnt werden sind. Die entsprechende Verordnung ist im "Deutschen Reichsanzeiger" Nr. 168 vom 18. Juli 1924 veröffentlicht worden. Das Reichskommissariat für Reparationslieferungen, Abteilung Friedensvertrag, Abrechnungsstelle, wird bemüht sein, die E-Schadenwellungen für bisher nur aufgeschriebene Entschädigungsbeiträge mit möglichster Beschränkung auszugeben. Bei der großen Anzahl der Empfängerberechtigten wird die Justierung jedoch einige Zeit beanspruchen.

Erliechtungen in der Rheinschiffahrt. Für die Fahrt aus dem beladenen ins unbeladene Gebiet ist die Fahrt aus einer Ausgangsgemeinde leicht nicht mehr erforderlich. Auch die Begrenzung der Anzahl der aufzuhaltenden Rheinschiffe auf 1/3 des Schiffsverkehrs der Reedereien ist aufgehoben worden, und zwar für die Ausgangsgemeinde sowohl für beladene wie für leere Schiffe. Als einzige Beschränkung besteht noch die Bestimmung, daß die Fahrzeuge nach Ablauf von drei Wochen wieder in das beladene Gebiet zurückkehren müssen.

Teilweise Stilllegung der Höchster Farbwerke. Die Höchster Farbwerke Akt.-Ges. sehen sich durch die trostlose Lage auf dem Farbenmarkt gezwungen, ihren Betrieb zum größten Teil stillzulegen. Von den Arbeitern kann nur ein kleiner Teil in anderen Betrieben der Werke untergebracht, der größte Teil muß entlassen werden.

„Radeberger Pilsner“ übertrifft alle Tschechenbiere. Vertreter: R. Schwader, Riesa, Fernruf 49.

Amtliches.

Verautmachung.

Da sich in letzter Zeit wiederholt Bestrafungen wegen Überschreitung der in der Stadt Riesa geltenden Vorschriften für das Einwohner- und Fremdenmeldebesuch nötig gemacht haben, wird die genaue Befolgsung dieser Vorschriften, die im Einwohnermeldeamt eingelebt werden können, in Erinnerung gebracht. Einverhandlungen werden mit Geld bis zu 150 M. im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Der Rat der Stadt Riesa, am 22. Juli 1924.

Freitag, am 25. Juli 1924
sollen verfeinert werden:
Mitt. 12 Uhr in Göllis - Bahnhof - 1 Schreibstift,
nachm. 1 Uhr in Zeithain, Lager - Kantine des
Seimfehlagers - ca. 100 Flaschen ver-
schiedene Weine und 4 große Büchsen
Salzberköder Würstchen.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Riesa.

Vereinsnachrichten

Fidelitas. Morgen 9 Uhr im Café Räder wichtige Mitgliederversammlung.
Gartenbauverein Riesa. Versammlung morgen Donnerstag, 24. Juli, abends 7 Uhr Hotel Stern.
Militärverein I Riesa und Umgeg. Freitag, den 25. Juli, abends 9 Uhr im Hotel Kronprinz Monatsversammlung. Erklären aller dringend nötig. (Stiftungsfest betr.)
Gastwirtverein Riesa und Umgeg. Wohnungsliste zum Verbandstag liegt bis 24. 7. 24 beim Vorstand zur Anmeldung aus.
M. S. V. Görlitz, 24. 7. Training, nach diesem im Schlachthof Sitzung. Gesch. jed. Mittal. Pflicht!



Gesamtausschuß-Sitzung für das Jubiläum
Donnerstag abends 8 Uhr im "Goldnen Löwen".

Quartiere gegen Bezahlung für 1 Nacht. für Hundeschau-Aussteller für Nacht Sonnabend, 2. Aug., gefügt. Quartiergeber erhält, freie Gasteinladungsorte, Begrüßungsfestabend im Hot. Höpfner. Meld. erb. an W. Lindner, Riesa, Bahnhofstr. 14.

Turn- u. Sp.-V. 1899, Zeithain.

Allen lieben Zeithainern, die durch Schmückung des Ortes und Aufnahme auswärtiger Turner und Turnertum in Privatquartieren zum Gelingen unseres Festes beigetragen haben

herzlichen Dank.

Der Turnrat.

Rich. Hoffmann, Vor.

Besonderer Dank sagt der Turnverein Görlitz seinen Quartiergebern für erwiesene Gastfreundschaft.

Ernst Oskar Päßler

Dies zeigen tief betrübt an
die trauernden Kinder.

Canitz, 23. 7. 1924.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Für die uns zur Hochzeit dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir zu gleich im Namen unserer Eltern

herzlichsten Dank.

Nobeln und Heyda, am 22. 7. 1924.

Curt Wolf und Frau geb. Wolf.

Zum Aussuchen

RESTE

Große Mengen Abschnitte
labelhaft billig, in:

Hemdentuch, Zephyr, Musseline
Foulardine, Satin, Möbelstoffen,
Kattun, Blaudruck
und Schürzenleinen usw. usw.

Meine Saison-Ausverkaufspreise
bleiben weiter bestehen. ***

Rester- Halle Motika

Inh. E. Kaiser.

Dr. med. Naumann verreist bis Mitte August.

Achtung!

Günstiges Angebot für Gastwirte und Händler.

Verkaufe, solange Vorrat reicht, gegen sofortige Raffie:

(Paco, Salem, Sirai, Schabi,
Dubre, Süße Mädels,
Toska, Walli usw.)

mit 50 Prozent unter Vorderolenpreis

Zigarren mit 25-30 Proz. unter Vorderolenpreis

Weinbrand-Verschnitt mit 1.60 RM. per Lit. bei Abn. v. mind. 10 Ltr.

Liköre die Flasche v. 2 M. an.

Adresse zu erfahren im Nielaer Tageblatt.

Kammerlichtspiele

Hauptstr. 1

Kammerlichtspiele
verstecken auch,
gute Sachen zu bringen!
Demnächst: Nibelungen!

Nur noch heute und morgen:

**Das große
Doppelprogramm!**

Kammerlichtspiele

verstecken auch,
gute Sachen zu bringen!
Demnächst: Nibelungen!

Es war kein Spiel!

— Der Aufstieg eines Talentes —

sowie der große Kriminalfilm

Das undurchdringliche Gesicht!!

— Eine rätselhafte Kriminalgeschichte —

?? Maske oder Doppelgänger ??

?? ?? ??

Die Kasse ist bis abends 10 Uhr geöffnet.

Voranzeige! Ab Freitag: "Faustrecht". Bitte Kettame beachten!

Kammerlichtspiele
verstecken auch,
gute Sachen zu bringen!
Demnächst: Nibelungen!

In Vorbereitung:
Nummernblatt des Lebens.
Um gütigen Zuspruch bittet
der Besitzer.

Kammerlichtspiele
verstecken auch,
gute Sachen zu bringen!
Demnächst: Nibelungen!

S. B. D. A. G.

Für die Ferien

aufsig vom Montag bis einschließlich Sonntag jeder Woche
für die gesamte Strecke

für Erwachsene M. 8,- für Kinder M. 4,-

kleiner Grenzübergang möglich.

Zoo Dresden

bis 28. Juli

Hagenbecks Ceylon

80 Eingeborene mit Arbeitsselbstant usw.

Bes. Vorstellungen: Vorm. und Nachm.

Hausflurplatten

Mosaik in groß, klein, soweit u. Port. Clement
empfiehlt

Hahnenmann, Mergendorf.

Hund braun und weiß
gezeichnet, auf den Namen "Strolch" hörend, entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben bei

E. Winkler, Mündrich, Dorfstr. 38.

GELD

Bauelde, Obwohleben, Geschäftsdarlehen
zu normalen Zinsen von M. 1000 - außenwärts von
Interessentenkreis. Auskunft tägl. v. 10-4 Uhr.

H. Peltzer, Miesa, Schloßstr. 24, 2.

Swedes Auseinandersetzung ist in Miesa das

Haus Bismarckstr. 14 verkauft

Rub. m. Rab. verkauft Poppostr. 17

5 gebr. Nähmaschinen

dabei 1 Handmaschine, unter Garantie fabellos

nähend, zu verkaufen.

Albin Bley Goethestr. 57.

Heinrich-Piano

neu, flügelähnlich in Alana,
sofort preiswert zu ver-
kaufen. Antragen unter
C 1428 an das Taf. Alana.

Leichter Handwagen
(8 Zentner), guterhalten,
billig zu verkaufen
Groba, Weltstr. 15, 1. r.

Gebr. Loschwagen
(15-20 Str. Tragkraft)
zu kaufen gelucht.

Gärtnerei Storl.

Blusen und Kleider

in Seidentrikot
in moderater Ausführung
empfiehlt

Joh. verw. Tiegel Albertplatz 8.

Weinfässer

Jauchezober

Jauchefässer
alle Böttcherwaren
empfiehlt

J. Klose, Neu-Weida

Neue Kartoffeln

— sehr mehrheitlich —

neue

jaure Gurken

empfiehlt billig

H. Grubel.

Täglich frisch geplückte

Äpfelchen

im einzelnen und ganzen
gibt ab Äpfelchen.

Gärtnereien.

Weiss- u. Wirsingkohl

Tomaten, Blumenkohl

Trollhau- u. Frühbeete

Gurken, Bohnen.

Alles in ausgeführt unter
Qualität an sehr billigen

Preisen.

Alfred Büttner

Blumenhandl. Blumenplatz,

Groß-Gartenanbetr.

Bousla, Riesa.

ff. Schellfisch Kablau

Deutscher Reichstag.

vda. Berlin, 22. Juli 1924.

Die Regierungstheorie sind zunächst leer.

Als Präsident Wallraf die Sitzung um 8.20 Uhr eröffnete, schreiten die Kommunisten, wie am ersten Sitzungstage, wiederum im Chor: Heraus mit den politischen Gefangenen. Das Geschehen hält aber nur etwa 5 Minuten an. Besonders die weiblichen kommunistischen Abgeordneten beteiligen sich aktiv daran. Der Präsident setzt nicht weiter darauf, sondern eröffnet die Sitzung.

Der Präsident kommt dann aufdrückt auf einen Zwischenfall in der letzten Sitzung vor den Herren, in der der Abg. Graf Neuenkow (Nat.-Soz.) von der Reichsregierung als einer sogenannten Regierung sprach, die seiner Ansicht nach keine deutsche Regierung sei und großkapitalistische Interessenpolitik treide. Der Präsident ruft den Abg. Graf Neuenkow wegen dieser Verleumdung nachträglich zur Ordnung.

Der Präsident teilt weiter mit, dass die Reichsregierung die Beauftragung der kommunistischen Unterstellung über die Durchsuchung im Reichstag abgelehnt habe, da es sich hier um eine richterliche Maßnahme handele. (Vom den Kommunisten.) — Der Präsident sei dann Auskunft über die Unangehörigkeit der Durchsuchung der Schwärme der kommunistischen Abgeordneten im Reichstag. Das Schreiben des Untersuchungsrichters, in dem die Genehmigung zur Durchsuchung erbeten wurde, enthält die Namen von sechzehn Beschuldigten, darunter waren sechs kommunistische Abgeordnete: Fröhlich, Nothen, Klemme, Stoedter, Wester und Lindau.

Der Präsident erklärt, dass Landgerichtsrat Voigt mitgeteilt habe, dass die Durchsuchung zur Anklage sehr viel mehr und sehr wichtiger Schriftstücke über den Hochverrat und über die kommunistische Tschela geführt habe. Darauf sei die Beschlagnahme der Hochverrats-Begrenzung genehmigt worden. Die Verantwortung zur Erteilung der Abstimmung für die Durchsuchung sei eine große gewesen, die Verantwortung zur Ablehnung jedoch untragbar.

Zur Beratung gestellt werden, dann die kommunistischen Anträge, die sich gegen die Haussuchung im Reichstag richten, ebenso die von der Regierung abgelehnte kommunistische Unterstellung zu dem gleichen Gegenstand.

Abg. Ritz (Komm.) wirkt der Polizei vor, sie habe im Reichstag wie die Bandale gehabt. (Widerspruch.) Es handle sich nur um eine allgemeine Drohung gegen die Kommunisten. Die Durchsuchung und Beschlagnahme, die nicht das geringste Ergebnis, das auf Hochverratspläne hindeuten könnte, gebe habe, sei ein schwerer Bruch der Rechtsverfassung. Über 350 Morde seien aus politischen Motiven von den Rechtsparteien gegen Angehörige der Sozialparteien und Republikaner verübt worden. In Hannover habe zu den Hauptauträgen der Rosse-Polizei der 26. J. Mörder Haarmann gehört. Der Fall Haarmann sei ein Fall Rosse, ein Fall Severing und ein Fall Wallraf. Die Regierung habe alle Nefasche, die kommunistische Partei zu fürchten, denn die Massen strömen ihr zu. (Widerspruch bei den Soz.)

Abg. Graf Westarp (Dnat.) weist die Vorwürfe des Redners gegen den Reichstagspräsidenten zurück. Der Präsident habe nur seine Pflicht getan. Der kommunistische Redner habe die Würde des Hauses schwer verletzt. (Vom der Komm.) Die kommunistische Partei sei kein Verein der Naturfreunde. (Heiterkeit.) Das Verfahren des Herren Ritz erinnere an den Angriffen, der sagte: Da Herr Richter, hier sind zwei Jungen, die gesehen haben, dass ich geschlagen habe; ich kann mindestens 100.000 Jungen bringen, die es nicht gesehen haben. (Heiterkeit.) Der Redner fordert Ablehnung des kommunistischen Misstrauensantrags gegen den Präsidenten. (Vom der Komm.)

Abg. Dr. Levi (Soz.) beantragt Überweisung der Anträge an den Geschäftsausschuss. Es war bisher nicht üblich, dass der Präsident in direkten Verkehr mit dem Untersuchungsrichter trat. Er hätte sich mit dem Reichsminister des Innern in Verbindung setzen müssen. Die Durchsuchung widerspreche dem Zweck und Sinn der Verfassung. Die Immunität der Abgeordneten sei verletzt. Aus dem Vorzeichen des Untersuchungsrichters spreche der Doktor gegen die Republik und den Reichstag. (Rufe rechts: Und der Landtagspräsident Leinert!) Leinert ist vom Untersuchungsrichter ebenso gefälscht worden wie Präsident Wallraf.

Präsident Wallraf widerspricht der Aussicht, dass das Reichstagspräsidium in solchen Fällen bisher nur in Verbindung mit den zentralen Instanzen gehandelt habe. Nach dem alten deutschen Rechtsaile, dem Angestellten möglichst Freiheit bei der Verteidigung zu geben, habe er es für eine normale Pflicht gehalten, alle gegen ihn selbst gerichteten Angriffe des Abg. Ritz, die bis zum Vorwurf des "politischen Lustmörders" gingen (Heiterkeit) zu überhören. Das bedeutet aber nicht, dass er künftig ähnlich schwere Angriffe gegen Beamte und Behörden durchführen lassen werde. (Beif.)

Abg. von Graefe (Nat.-Soz.) bedauert die Abstimmung des Präsidenten zur Durchsuchung. Der frühere Präsident Löbe habe die Rechte der Abgeordneten in anerkennender Weise gegen die Willkür der von Sozialdemokraten geleiteten Polizei verteidigt. Diese Willkür sei kein Wunder unter einer Regierung, die sich rücksichtslos über Verhaftung und parlamentarisch System hinwegsetze. Es sei ein Dohn auf die Verhafung, wenn Reichskanzler und Außenminister nicht das ganze Parlament, sondern die Parteiführer unter Ausschluss bestimmter Parteien über ihre Politik informieren. Die Nationalsozialisten würden sich bei der Abstimmung über den kommunistischen Misstrauensantrag gegen den Präsidenten der Stimmen enthalten.

Damit schließt die Aussicht. Über das kommunistische Misstrauensvotum gegen den Reichstagspräsidenten wird namentlich abgestimmt. Dagegen stimmen die Deutschen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten und die Wirtschaftliche Vereinigung. Die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten enthalten sich der Abstimmung. Dafür stimmen also nur die Kommunisten. Das Misstrauensvotum wird daher mit 196 gegen 29 Stimmen bei 106 Enthaltungen abgelehnt. (Beif. West. bei der Wehrheit. Vom der Kommunisten.) Die übrigen Anträge zur Haussuchungsangelegenheit werden zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Der Ausschusshandlung, die vom Hamburger Untersuchungsrichter geforderte Genehmigung zur Verhaftung des Vorwährenden der kommunistischen Fraktion Thälmann zu gewähren, wird auf Antrag des Abgeordneten Löbe an den Ausschuss zurückgewiesen.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) berichtet dann über einen Antrag des Auswärtigen Ausschusses auf Änderung der Geschäftsordnung, weil durch das Verhalten der kommunistischen Abgeordneten die Vertraulichkeit der Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses nicht gesichert sei. Die Kommunisten hätten auf Anweisung von Moskau erklärt, dass es für sie keine Vertraulichkeit gäbe.

Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) bekämpft den Antrag, durch den man nur die Kommunisten aus dem Auswärtigen Ausschuss ausschließen wolle. Im übrigen gäbe es im Auswärtigen Ausschuss gar keine vertraulichen Angelegenheiten, weil die Minister nur das wiedergeben, was bereits im "Lokal-Anzeiger" steht. (Heiterkeit.)

Der Antrag wird dem Geschäftsausschuss-Ausschuss überwiesen.

Das Haus vertragt sich. Mittwoch 2 Uhr: Anträge des Sozialen Ausschusses.

Schluss gegen 6 Uhr.

Der Reichstagsrat des Reichstags

hat sich gestern vor der Plenarsitzung nochmals mit den Dispositionen über den Veratungskloß in dieser Woche beschäftigt. Am Mittwoch und Donnerstag sollen die vom Sozialpolitischen und vom Kriegsbeschädigten-Ausschuss vorbereiteten Anträge zur Verhandlung gelangen. Am Freitag wird im Anschluß an den Ratstags eine allgemeine politische Aussprache auch über die Außenpolitik stattfinden. Darüber hinaus lassen sich weitere Dispositionen noch nicht treffen, diese bleiben vielmehr einer neuen Sitzung des Reichstagsrates vorbehalten, die für Donnerstag in Aussicht genommen ist.

Der Reichstagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten

trat gestern vorzeitig unter Vorsitz des Abg. Müller-Franken (Soz.) zu einer Erörterung der außenpolitischen Lage zusammen. Die Sitzung war außerordentlich zahlreich besucht. Die Ausschusmitglieder waren fast vollständig vertreten. Auch die Reichstagsmitglieder hatten sich in großer Zahl eingefunden. Von Vertretern der Reichsregierung waren erschienen Außenminister Dr. Stresemann, Innensenator Dr. Jägers, Finanzminister Dr. Lüder, Ernährungsminister Graf Kanitz, Wirtschaftsminister Hamm sowie der Reichsbankpräsident Dr. Schacht. Von Vertretern der Länder war u. a. anwesend Dr. Gräfinn-Sachsen, Außenminister Dr. Stresemann ergreift sofort das Wort zu längeren Ausführungen über die außenpolitische Situation, insbesondere über den bisherigen Verlauf der Londoner Verhandlungen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht sprach über den Bankgegenwartswurf, Staatssekretär Trendelenburg über das Industrieobligationengesetz und Reichsverkehrsminister Heier über das Reichsbahngebot. Nach Entgegennahme der Berichte der Regierungsvorstände wurde die politische Aussprache auf Mittwoch vertragt.

Der Reichstagsausschuss für die besetzten Gebiete wurde gestern der früheren Beschlüsse, das den Gemeinden des besetzten Gebietes, die besonders stark unter Wohnungsmangel leiden und Flüchtlinge in größerer Zahl wiederzunehmen müssen, Reichsfriedsrede zur Verhinderung getestet werden sollen, durch einen einkommens angemessenen sozialdemokratischen Antrag auf die bestimzte Summe von mindestens 20 Millionen Mark präzisiert. Angenommen wurde ein deutschnationaler Antrag, der die Reichsregierung zum schärfsten Widerstand gegen die Belastung ausländischer Eisenbahnen im Westen auch unter dem Gesichtspunkt der Wohnungsnot und der Stellen- und Arbeitslosigkeit auffordert. Angenommen wurde ferner ein Zentrumsantrag betr. Beseitigung der Pah- und Einreisehürden.

Der Reichstagsausschuss des Reichstags

beriet gestern Anträge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Angenommen wurde ein deutschnationaler Antrag, möglichst Einschränkung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter, ebenso ein sozialdemokratischer Antrag, wonach ausländische Wanderarbeiter für die Landwirtschaft nur in solchen Fällen vermittelt werden sollen, wo einheimische Arbeitslose und arbeitswillige Landarbeiter nicht vorhanden sind, sowie ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, die Förderung der Vermittlung geeigneter einheimischer Arbeitsloser für landwirtschaftliche Betriebe. Abgelehnt wurde der kommunistische Antrag betr. Aufhebung der Umfaßsteuer und Bereitstellung von 500 Millionen für produktive Erwerbslosenfürsorge. Wiederum wurde ein Unterausschuss eingesetzt, der in enger Führung mit der Regierung die Fragen der Erwerbslosenfürsorge behandeln soll.

Politische Tagesübersicht.

Der Reichsfinanzminister bei der Rentenbank. Oberregierungsrat Dr. Schipper ist zum Ministerialrat im Reichsfinanzministerium ernannt worden.

Ein Hitlervorschlag verhaktet. Der 21 Jahre alte angebliche Kaufmann Karl Reiche, der von der Staatsanwaltschaft dem Landrichter Ritterberg wegen schweren Hausfriedensbruches beschwichtig verfolgt wird, ist, wie die Wiener Polizeiinformations meldet, im Wiener Dom in der Asylgasse, in das er sich unter falschem Namen eingeschlichen hatte, verhaftet worden. Er gab bei seiner Verhaftung an, dass er wegen Teilnahme am Hitlermarsch schutzsucht.

Ein Nachspiel der Separatistenzeit beschäftigte das Schöffengericht in Duisburg. Ein Dächer Müller hatte im November v. J. einen Slabefreier daran mit einem Eßbowl mishandelt, dass der Verlehr in Kräutern gebracht werden musste. Der separatistische "Oberbürgermeister" Engel, der als Zeuge geladen war, sagte aus, dass er sich auf Einzelheiten nicht mehr entzonen könne. Der Stadtanwalt beantragte gegen den 18 mal Vorbestraften eine Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten. Das Gericht ging über den Antrag hinaus und erkannte auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

Um die Personalabbauverordnung. Der Reichstag hatte vor den Ferien eine Entschließung angenommen, in der die Regierung erachtet wurde, die weitere Durchführung der Personalabbauverordnung solange aufzulegen, bis der Gesetzesvorschlag über die zweite Veränderung der Personalabbauverordnung vom Reichstag verabschiedet ist. Wie verlautet, hat nunmehr der Reichsfinanzminister den Gesetzesvorschlag dem Reichsrat vorgelegt.

Die bayerische Landeshauptstadt sprach sich in einer Entschließung einstimmig für einen erweiterten Schutz der bayerischen Landwirtschaft insbesondere durch Wiedereinführung von Zöllen, Maßnahmen gegen die Einfuhr von Lebensmitteln, weiteren Abbau der Umsatzsteuer usw. aus. Sie richtete an alle nationalgesinnten Kreise des Reichstages das dringende Erthusen, noch vor der neuen Ernte die Maßnahmen zu beschließen. Der bayerische Landwirtschaftsminister Lehr erklärte die Frage des Schutzzolls ebenfalls als außerordentlich dringend. Bis her sei es im Reichsrat noch nicht zur Beratung gekommen. Die Regelung des Schutzzolls könne nur als Übergangsmassnahme bis 1925 gelten. Die Behauptung, dass die Reichsregierung nicht geschlossen hinter der Vorlage stehe, sei unrichtig. Der Minister erklärte auch, dass bezüglich der Frage der steuerlichen Belastung der Landwirtschaft Schritte unternommen würden, welche die Aussicht auf eine Entlastung für die Landwirtschaft eröffneten.

Der kritische Stand der außenpolitischen Lage.

Berlin, 23. Juli. Der Reichstag wird sich vorläufig nur mit einem aus kleineren Vorlagen zusammengelegten Arbeitsstoff befassen und wird vorläufiglich im Laufe der nächsten Woche mit der Beratung der Gesetze zum Sachverständigen-Gutachten beginnen können, und zwar kommt zunächst das Gesetz über die neue deutsche Goldnotenbank zur Erörterung. Soweit sich bis jetzt feststellen lässt, sind parlamentarische Vorstöße seitens der Opposition vor der Beendigung der Konferenz in London nicht zu erwarten. Es steht außer Zweifel, dass die Entscheidungen der Londoner Konferenz für die parlamentarische Lage in Deutschland

ausgeschlagend sein werden. Gelingt es der Reichsregierung in London politische Erfolge aufzuweisen, und die mit dem Sachverständigen-Gutachten zusammenhängenden Probleme hinreichend zu lösen, dann ist voraussehbar, dass der Reichstag die erforderliche Mehrheit für die Gesetze zum Sachverständigen-Gutachten aufzubringen wird. Im gegenwärtigen Falle aber würde eine ernsthafte Krise nicht vermieden werden können. In den der Regierung nahe stehenden Kreisen wird versichert, dass die Reichsregierung ihre Mission als geschweift ansehen würde, wenn die deutschen Vertreter unverrichteter Sachen aus London zurückkehren sollten. Die Regierung könnte dann nicht die Gesetze dem Reichstag einreichen, da sie nicht gleichzeitig in der Lage wäre, ihre gegebenen Bulagen vor dem Parlament einzulösen.

Die Eisenbahnbeamten behalten ihre Rechte.

Berlin. Gegenüber mehrfach aufgetauchten Vergrößen wird seitens des Reichsverkehrsministeriums versichert, dass durch die Übertragung der Eisenbahnbeamten auf dem Verhältnis von Reichsbeamten in ihren Rechten und Pflichten nichts geändert wird. Sie behalten ihre öffentlich-rechtlichen Rechte.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Berlin. Der Reichskanzler empfing gestern nachmittag gegen 6 Uhr die Parteiführer des Reichstags mit Ausnahme der Nationalsozialisten und Kommunisten. Es waren erloschenen von der Deutschen Volkspartei Saap und Curtius, vom Zentrum Spahn und Fechnerbach, von der Bayerischen Volkspartei Leicht und Emmerich, von den Demokraten Koch und Höchst, von den Sozialdemokraten Hermann Müller und Ollertding. Der Reichskanzler unterrichtete die Parteiführer vertraulich über die zum Dawes-Gutachten ausgearbeiteten Gesetze.

Von anderer Seite hören wir, dass in dieser Bevölkerung an welcher u. a. außer dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann auch die Minister Dr. Luther und Dr. Jägers teilnehmen, die parlamentarische Lage beobachtet werden, wie sie sich in den nächsten Tagen gestalten kann. Über den Inhalt dieser Bevölkerung wurde jedoch die Vertraulichkeit vollkommen gewahrt.

Steuereinnahmen im Juni.

472 Millionen Goldmark.

Als die ergiebige Steuer hat sich auch im vergangenen Monat die Einkommensteuer erwiesen. Aus Wohnhäusern sind 96 Millionen, aus anderen Einkommen rund 55 Millionen Goldmark ausgebracht worden. Die Nörrersteuer zeigte ein Ertrags von 21 Millionen, 12 Millionen konnten für die Vermögenssteuer verbucht werden. Eines der wichtigsten Posten im Budget nimmt die Umlaufsteuer ein, die in Gemeinschaft mit der erhöhten Umlaufsteuer nahezu 135 Millionen dem Reichssteuer zufließt. Eine recht erhebliche Einnahme ergab auch die Verkehrssteuer, die sich auf 24 Millionen stellte. Die Einnahme aus Böllen wird den Voranschlag weit übersteigen, sie betrug im Juni 22 Millionen, im zweiten Steuerquartal 65 Millionen, während der Haushaltplan nur eine Gesamteinnahme von 160 Millionen vor sieht. Für die Tabaksteuer sind 360 Millionen in den Stat eingetragen. Der Juni erbrachte 36 Millionen, die Monate April-Juni zusammen 107 Millionen. Ein Biersteuer kamen im Juni 17 Millionen, im April bis Juni 41 Millionen, an Weinsteuer im Juni 6, im zweiten Steuerquartal 19 Millionen ein, der Stat sieht 48 Millionen für 1924 vor.

Der bayerische Sozialminister zum Achtstundentag.

München. Zu den vorliegenden Anträgen über den Achtstundentag erklärte der Sozialminister im Wirtschaftsministerium, der Achtstundentag sei nicht eine Parteifrage, sondern eine Frage der Wirtschaft und der Vernunft. Man darf nicht vergessen, dass Deutschland durch die Reparationsforderungen der Entente ein Zwang zur Mehrarbeit auferlegt sei. In Bayern beträgt die Arbeitszeit mit wenigen Ausnahmen 54-60 Stunden pro Woche beschäftigt man sich im Reich mit der Frage, ob auf Grund der Verordnung vom 21. 12. 23 eine bestimmte Regelung durch Vorschriften geschaffen werden könnte. Solange Deutschland große Verpflichtungen der Entente gegenüber zu leisten habe, könne eine schematische Regelung der Achtstundearbeitszeit nicht beantwortet werden.

Herriot und die Sowjetregierung.

Die Regierung Herriot ist bemüht, die verschiedenen Wahlkampfversprechen eingulden. Sie hat die Amnestiegesetze eingebrochen. Nun scheint sie auch noch den Nanofasang nach Moskau antreten zu wollen. Herriot hat mit Tschechischer Telegrame gewechselt, aus denen hervorgeht, dass die "Biederanwendung normaler Beziehungen" zwischen den beiden Ländern unmittelbar bevorsteht. Zunächst soll dies in der Frage der gegenseitigen Gütekennzeichnungen aufgehen. Frankreich hat sich unter seinen bisherigen Regierungen an die Möglichkeit einer erhöhten und stark durch die Pariser Regierung geforderten Wiederherstellung der alten Zustände in Rußland eingestellt. Seine Bündnispolitik mit der Tschechoslowakei und auf dem Balkan beruhte auf dieser politischen Zielsetzung. Immer mehr hat sich dabei im Laufe der letzten Monate der Schwerpunkt der gegenrevolutionären Bewegung unter den russischen Emigranten nach Paris ziehen müssen, nach der Pariser Universität Prag verlegt. Ein Doppelspiel in dieser Hinsicht dürfte die nicht leicht zu überblickende Moskauer Regierung nicht dulden. Die Umstellung dem neuen Russland gegenüber also auch eine Umoorientierung der französischen Politik in Osteuropa zur Folge haben müssen. Im ersten Krieg leidtragend wären hierbei die französischen Verbündeten Polen und Rumänien, die auch untereinander in ausgesprochener Bündnisfront gegen Rußland stehen und bisher in dieser Frontbildung politisch und militärisch durch Frankreich unterstützt worden sind.

Die französisch-belgische Eisenbahnregie.

Paris. (Funkspruch) Lieber die Frage der französisch-belgischen Eisenbahnregie glaubt der Londoner Souderberichterstatter des Journal berichten zu können, die beiden Sachverständigen Vever und Leroux hätten sich über ein Kompromiss geeinigt. Es sei allerdings nicht ohne ernsthafte Zugeständnisse abgegangen. Frankreich und Belgien hätten so bereit erklärt, wenn auch nicht die Zahl ihrer Beamten so doch wenigstens die Ausdehnung ihres Tätigkeitsbereiches einzufordern. Die französisch-belgischen Eisenbahnen sollten nicht ständig auf den vorgesehenen Eisenbahnen beobachtet werden, sondern nur in sehr beschränkten Abschnitten des Reges Verwendung finden. Auch hier sollte die aufsichtliche Betreuung geschaffen werden und es handle sich mehr um eine praktische Frage. Die Kombination werde heut Sonntag den Delegationsführern und Vorsitzenden der Kommission unterbreitet werden, die die Vorbereitung zur Wienkonferenz treffen.

